



Eva Strittmatter ist tot

Montagnacht in einer Berliner Klinik schloss die große deutsche Dichterin für immer die Augen. Höchstpersönliche Offenbarungen sind ihre Texte, die Lesern zur Selbsterfahrung werden. **Seite 3**



Ruf nach Pressefreiheit

Ungarische Zeitungen protestierten auf ihren Titelseiten gegen das neue Mediengesetz, das wie ein Damoklesschwert über ihnen schwebt. ND befragte das erste Opfer des Gesetzes. **Seite 7**



Bei langer Krankheit

Selbst kündigen oder kündigen lassen? / Rat bei Mietminderung / Wohn-Riester – Altersvorsorge? / Blutprobe

Standpunkt

Unbelehrbar

Von Steffen Schmidt

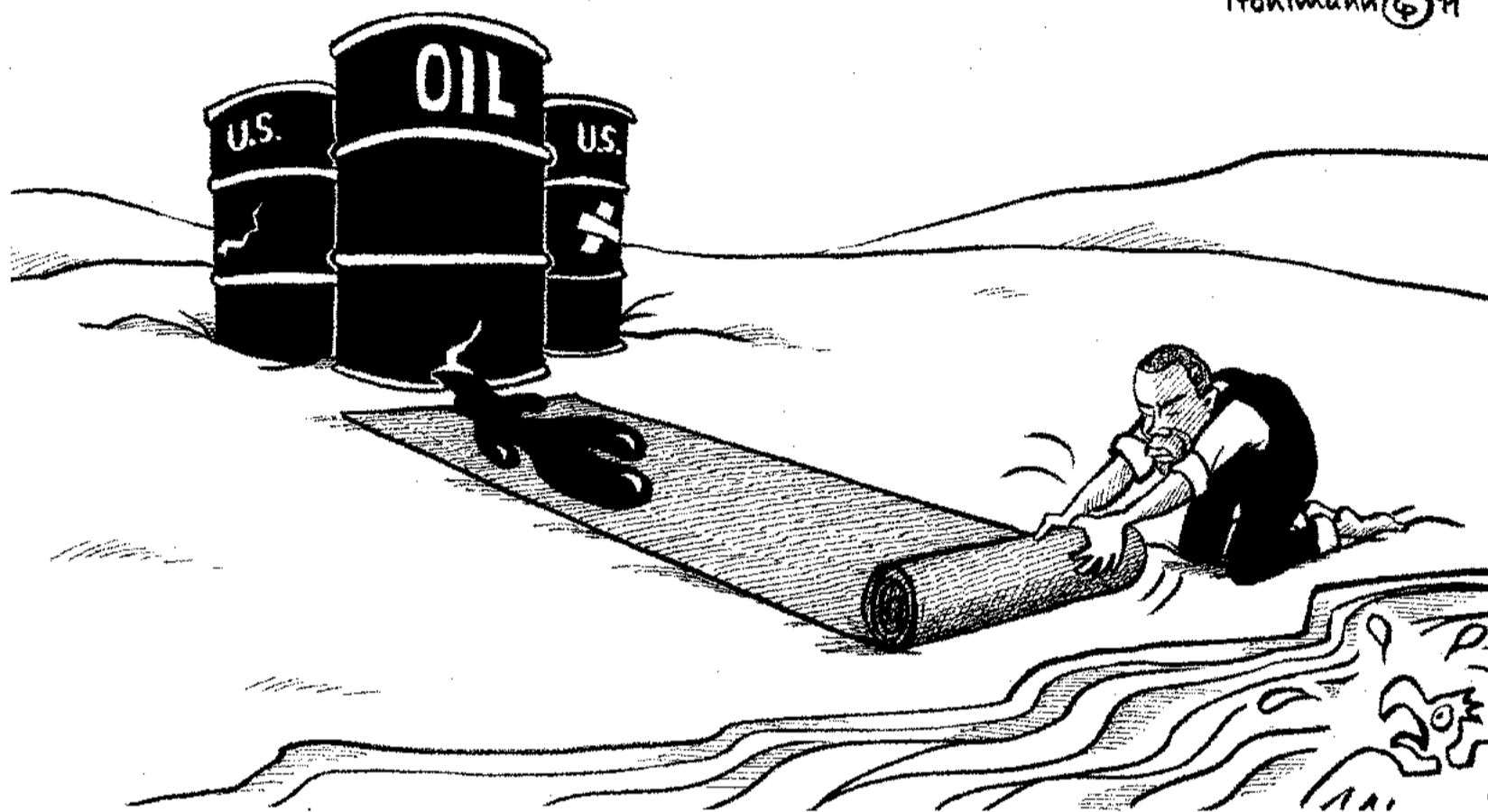
Erinnert sich eigentlich noch jemand an »Deepwater Horizon«? In Washington anscheinend nicht. Nachdem die Bohrinself im Golf von Mexiko im April 2010 explodierte, ergossen sich drei Monate lang Millionen Liter Erdöl ins Meer, allein für den Ölmulti BP summierte sich der materielle Schaden seither auf mehr als zehn Milliarden Dollar. Doch so wie BP einzig daraus »gelernt« hat, dass man potenzielle Kläger am besten mit Geld ruhigstellt, so reduziert sich der Lernprozess der Behörden offenbar auf einige kosmetische Änderungen an der zuständigen Genehmigungsbehörde und die Erhöhung der Haftungsobergrenze für Schäden bei Bohrungen im Meer.

Der Genehmigungsstopp für Tiefseebohrungen wurde schon vor drei Monaten aufgehoben. Und die im Wahlkampf gegen George W. Bush bekundete Ablehnung von Bohrungen im Polarmeer ist nun offenbar auch ins Wanken geraten. Dort will BP-Konkurrent Shell im großen Stil Öl fördern. All die Probleme, die im Golf von Mexiko auftraten, würden sich am eisigen Ende der USA noch potenzieren, wie die Langzeitwirkungen des Tankerunglücks der »Exxon Valdez« belegen.

Allerdings ist ein Erkundungs- und Förderstopp für die Tiefsee ohne eine konsequente Wende in der Energie- und Verkehrspolitik kaum durchzusetzen. Gerade der Auto- und der Flugverkehr haben bis heute keine umweltfreundliche Antriebsalternative zum Erdöl. Und 38 Prozent des Erdöls weltweit kommen aus der Tiefsee.

Obama gibt dem Öldruck nach

13 Konzerne dürfen Tiefseebohrungen fortsetzen – ohne neue Umweltschutzprüfungen



Pfohlmann

Zeichnung: Christiane Pfohlmann

Erstmals nach Ende der Ölpest sollen Konzerne im Golf von Mexiko wieder im großen Stil nach Öl bohren dürfen.

Washington (Agenturen/ND). Die Regierung von US-Präsident Barack Obama will für 13 Unternehmen den Weg frei machen, ihre Tiefseebohrungen fortzusetzen, die im vergangenen Frühjahr wegen der Umweltkatastrophe nach der Explosion der BP-Bohrinsel »Deepwater Horizon« gestoppt werden mussten. Washington will darauf verzichten, bereits laufende Projekte, die lediglich unterbrochen sind, erneut auf ihre Umweltverträglichkeit hin zu prüfen, wie das Innenministerium mitteilte.

Damit seien allerdings noch nicht alle Hürden für die Fortsetzung der Bohrungen abgebaut,

hieß es. Die 13 Unternehmen, zu denen die Multis Shell und Chevron gehören, müssen zunächst noch belegen, dass sie die strengen Sicherheitsvorschriften erfüllen, die nach der Explosion der Bohrinself im April 2010 eingeführt wurden. Bei der größten Umweltkatastrophe in der USA-Geschichte war das Öl 87 Tage lang unkontrolliert ins Wasser geflossen – insgesamt rund 800 Millionen Liter Rohöl. Bei der Explosion waren elf Menschen ums Leben gekommen.

Die jetzt in Washington erfolgte Annullierung stellt nach offizieller Lesart keine Änderung der neuen, schärferen Regeln für Tiefseebohrungen dar, die das Ministerium erst im Dezember bekannt gegeben hatte. Denen zufolge werden neue Bohrvorhaben oder neue Ge-

nehmigungen für bereits erlaubte Projekte deutlich strenger überprüft als bislang. Für Bohrungen, die schon liefen, als die Bohrinself des Ölkonzerns BP im Golf von Mexiko versank, gelte dies nicht in vollem Maße, wie aus der Behörde nun verlautete.

Die Regierung hatte ihr Verbot von Tiefseebohrungen bereits im Oktober vorzeitig wieder aufgehoben, dabei allerdings strengere Sicherheitsauflagen und eine bessere Überwachung angekündigt. Die Ölindustrie hatte zuletzt beklagt, dass die neuen Regeln zu scharf seien und ihr wegen der nun verfügbaren langwierigen Prüfungen neuer Bohrvorhaben hohe Kosten entstünden.

Die Ölindustrie, Politiker aus den am Golf gelegenen US-Staaten und

einige republikanische Kongressabgeordnete hatten die Regierung in Washington unter Druck gesetzt, die Tiefseebohrungen wieder zu erlauben. Große Ölgesellschaften wie Chevron oder Shell haben Milliarden in die Ausrüstung investiert, der Stillstand kostete Arbeitsplätze und bedroht die Steuereinnahmen der Anrainer.

Bislang gibt es keinerlei international geltenden Sicherheitsregeln für Ölbohrungen. Es gibt nur nationale Normen, die jeder Staat für sich festlegt. Die Umweltschutzorganisation Greenpeace fordert deshalb, dass man solche internationalen Sicherheitsstandards entwickelt, vereinheitlicht und vor allem verschärft, damit Unfälle wie die Ölkatastrophe im Golf nicht noch einmal geschehen.

BND-Pläne für Spionagesatellit aufgefliegen

Wikileaks enthüllt Kooperationsbemühungen mit den USA – deutsches Raumfahrtzentrum dementiert

Von René Heilig

Acht Depeschen der US-Botschaft in Berlin berichten von einem bislang geheimen Satellitenprojekt Deutschlands und der USA. Im Auftrag des Bundesnachrichtendienstes (BND) ist offenbar ein System geplant, das globale optische Aufklärung in Echtzeit ermöglichen und bestehende Spionagestrukturen ergänzen würde.

Das Dementi des Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) klingt angesichts der detaillierten Informationen nicht sehr glaubhaft. Die norwegische Zeitung »Aftenposten« hatte zu Wochenbeginn – dank Wikileaks – über das High Resolution Optical Satellite System, kurz HiROS, berichtet. Es könnte ab 2012 oder 2013 hoch aufgelöste Bilder von jedem Punkt der Erde in Echtzeit liefern.

DLR-Sprecher Andreas Schütz widersprach. HiROS sei kein Spionagesatellit und auch kein gehei-

mes Projekt. Er bestätigte gegenüber ND, dass seit etwa zwei Jahren im DLR der »Projektvorschlag« für einen hochauflösenden, optischen Satelliten unter dem Projektnamen HiROS diskutiert werde. Die Anwendung solle »die Bereitstellung von hoch aufgelösten optischen Daten für staatliche Nutzungsbereiche, wie zum Beispiel im Krisenmanagement bei Naturkatastrophen und wissenschaftliche Nutzungen«, umfassen.

In den Berichten der Berliner US-Botschaft an das US-Außenamt, die »geheim« oder »vertraulich« klassifiziert sind, liest sich das anders. Die Rede ist unter anderem davon, dass der BND im Februar 2009 im vorgesetzten Kanzleramt entsprechende finanzielle Mittel erbitten wollte. Wenige Tage darauf ist bei einem Meeting deutscher und US-Geheimdienstler erstmals die Rede davon, dass das Satellitenprogramm von einer zivilen Behörde – etwa dem für die

Raumfahrt zuständigen Wirtschaftsministerium – getragen und aus Gründen der »politischen Optik« von einer »kommerziellen Einrichtung« betrieben werden sollte. Klar sei aber, dass der BND alles leite, kontrolliere und koordiniere. Dass der Geheimdienst »Hauptkunde« wäre, bestätigen – laut vorliegenden US-Dokumenten – auch führende DLR-Manager.

Mehrfach ist die Rede von offenkundig bereits tief ausgeloteten Kooperationsmöglichkeiten mit US-Rüstungskonzernen und spezialisierten US-Geheimdiensten. Einbezogen sind der europäische Rüstungs- und Raumfahrtkonzern EADS sowie andere Hightech-Firmen. Konflikte mit französischen Partnern werden beschrieben.

In Gesprächen wird immer wieder die Sorgen deutlich, das Projekt könne wegen ausbleibender Finanzierung durch die deutsche Regierung scheitern. Ein möglicher Wahlsieg von Union und FDP könn-

te die Situation verbessern. Mit Datum vom 10. September 2009 – also noch vor der Bundestagswahl am 27. September 2009 – wird die Überzeugung von BND-Spitzen zitiert, wonach HiROS unabhängig vom Ausgang der Wahl realisiert werden solle. Am 30. September leitet die US-Botschaft die angebliche DLR-Anfrage an die US-Regierung weiter, ob sie an dem Projekt interessiert sei. Schon im Januar 2010 könne man mit dem Bau beginnen. Über den Fortgang des Projekts ist nichts bekannt.

In einem anderen von Wikileaks veröffentlichten Papier wird Frankreich belastet, weil es die Industriebetriebe der europäischen Partner am stärksten ausspioniert. In Deutschland richte die französische Industriespionage sogar noch mehr Schaden an als die chinesische oder die russische, schreibt »Aftenposten« wiederum unter Berufung auf eine diplomatische Depesche der US-Botschaft in Berlin.

Aigner prüft schärfere Auflagen

Dioxin in Tierfutter: Hersteller im Fokus

Berlin (dpa/ND). Nach den Dioxin-Funden in Eiern und Tierfutter prüft die Bundesregierung schärfere Regeln für die Hersteller. Ursache des Skandals war die Verwendung von Fett, das nur für technische Zwecke geeignet ist, in der Futtermittelproduktion. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen die Firma Harles & Jentsch aus dem schleswig-holsteinischen Uetersen.

Mehr als 1000 Bauernhöfe in mehreren Bundesländern sind gesperrt. Sie dürfen ihre Ware erst wieder verkaufen, wenn sie auf eigene Kosten in Labortests die Unbedenklichkeit nachgewiesen haben. Die genaue Quelle der Verunreinigung ist weiter unbekannt. Die Betroffenen weisen sich gegenseitig die Verantwortung zu. Politiker versicherten, dass keine Gefahr für die Gesundheit der Verbraucher bestehe – auch wenn belastete Eier in den Handel kamen. Betroffen sind neben Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen mindestens auch Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Sachsen.

Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner (CSU) will nun schärfere Auflagen für die Futtermittelhersteller prüfen. »Das Bundesverbraucherministerium wird gemeinsam mit den zuständigen Bundesländern prüfen, ob und wie die Zulassungsbedingungen für Betriebe, die Futtermittelrohstoffe liefern, verschärft werden müssen«, sagte Aigner der »Berliner Zeitung«.

Seiten 2 und 8

Unten links

Gestern verfinsterte der Mond die Sonne und in Deutschland haben wir wieder mal nichts davon mitbekommen. Weil hier ohnehin kaum noch die Sonne scheint. Seit Monaten nicht, gefühlt seit dem Antritt von Schwarz-Gelb im Herbst 2009. Vor allem ging seitdem die Sonne für die FDP unter. Das Gelb haben die Liberalen längst aus ihren Parteifarben gestrichen, übrig geblieben ist Blau, ein Nachtblau oder auch ein solches, das Trunkenheit begleitet. Aber nun soll es der FDP wieder leuchten. Etlliche Parteifunktionäre haben Treueschwüre geleistet und die Führungskrise für beendet erklärt. Minister Brüderle dementierte erneut jede Absicht, Westerwelle zu beerben. Generalsekretär Lindner, Minister Rösler und NRW-Landeschef Bahr lobten den Parteichef in einem Appell – für seine »Federführung« in der FDP-Krise der 90er Jahre. Da war Westerwelle Generalsekretär. Und kann nun noch sicherer sein: Auf jedem Kahn, der wankt und schlittert, gibt's einen, der am Ruder zittert. jrs

www.neues-deutschland.de
twitter.com/ndaktuell

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Österreich Mo-Fr 1,60 EUR/Sa 2,00 EUR
Slowakei 1,70/2,10 EUR
Tschechien 61/71 CZK
Polen 6,60/9,50 PLN ISSN 0323-4940

